

Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1969-1990

Ostpolitik

Die außenpolitischen Kurskorrekturen der sechziger Jahre vollzogen sich nur langsam und widersprüchlich, da CDU und CSU sowie die mit ihnen verbundenen Vertriebenenverbände die Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Ordnung in Mittel- und Osteuropa wenn nicht verhindern, so doch möglichst lange hinauszögern wollten. Die grundsätzliche Revision der bundesrepublikanischen Deutschland- und Ostpolitik blieb deshalb der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel vorbehalten, die 1969 auf dem Höhepunkt der Entspannung zwischen Ost und West an die Macht kam. Im Schatten der Verhandlungen um SALT I (1969-1972) und SALT II (ab 1973) sowie der beginnenden KSZE-Gespräche (ab 1971) wurden nun schwerwiegende Hindernisse für eine europäische Friedensordnung aus dem Weg geräumt. Architekt dieser außenpolitischen Neuorientierung wurde Egon Bahr, der bereits 1963 den "Wandel durch Annäherung" propagiert hatte. Erst der innenpolitische Konstellationswechsel jedoch ermöglichte die rasche Verwirklichung dieses Konzepts:

Der „Moskauer Vertrag“ zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion garantierte die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze sowie der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, ohne diese jedoch als „endgültig“ anzuerkennen. Ebenso bekräftigte parallel dazu ausgehandelter Warschauer Vertrag mit Polen die Respektierung der polnischen Westgrenze. Der Prager Vertrag mit der CSSR erklärte das Münchner Abkommen von 1938 für „nichtig“. In Folge dieser Politik des Gewaltverzichts und der Versöhnung zwischen der Bundesrepublik und ihren kommunistischen Nachbarstaaten kam es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen, Ungarn, Bulgarien und der Volksrepublik China, die das Ende der Hallsteintein-Doktrin bedeuteten. In enger Verzahnung mit diesen Vorgängen entspannte sich auch das innerdeutsche Verhältnis (Grundlagenvertrag und Berlin-Abkommen).

Das Ergebnis der Neuen Ostpolitik, die auf den erbitterten Widerstand der CDU/CSU-Opposition stieß, war eine spürbare Verbesserung der internationalen Position Bonns. 1972 wurde Willy Brandt mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Aus: Rudolf Berg, Wege durch die Geschichte, Grundkurs Geschichte 13, Cornelsen, S. 266, 1994